



Aus der Arbeit des Gemeinderats

Gemeinderatssitzung am 27.11.2018

Das Hauptthema der letzten Sitzung des Gemeinderats war der Entwurf des Haushaltsplans für das Jahr 2019. Hier konnte die Verwaltung einen Entwurf mit erfreulichen Ausgangsdaten vorlegen. Die Prognose für die Folgejahre war ebenfalls optimistisch, wobei es hier naturgemäß immer Unwägbarkeiten gibt.

Zuvor gab Bürgermeister Wolfgang Lahl bekannt, wen der Gemeinderat als neue pädagogische Gesamtleitung nach dem Ausscheiden von Frau Munkel im Sommer 2019 gewählt hat. Jennifer Paeth wird die Nachfolgerin von Frau Munkel, die in den wohlverdienten Ruhestand geht.

Vor der eigentlichen Haushaltsplanberatung stimmte der Gemeinderat dem Betriebsplan für das Forstwirtschaftsjahr 2019 (Naturalplan und Haushaltsplan Wald) gemäß § 51 Abs. 2 Landeswaldgesetz einstimmig zu. Der Sozial- und Finanzausschuss hatte den Entwurf des Betriebsplans bereits öffentlich vorberaten.

Der Bürgermeister begann die Beratungen über den Haushaltsplan 2019 mit einem Überblick über die wesentlichen Finanzdaten und allgemeinen Rahmenbedingungen des Haushaltsplans. Durch die guten finanziellen Rahmendaten rechnet die Verwaltung mit einer hohen Zuführung des Verwaltungshaushalts an den Vermögenshaushalt. Dabei handelt es sich um den Überschuss aus dem laufenden Betrieb, der zur Finanzierung von Investitionen verwendet wird. Die gute finanzielle Entwicklung der nächsten Jahre, die der positiven wirtschaftlichen Situation und den guten Steuerergebnissen zuzurechnen ist, lässt auch für die Jahre nach 2019 gute Ergebnisse erwarten. Der Kämmereihaushalt der Gemeindeverwaltung, der den laufenden Betrieb ohne die Wasserversorgung und die Abwasserbeseitigung abbildet, ist für die nächsten Jahre gut aufgestellt. Ein Beispiel dafür ist der vorsichtige Ansatz der Gewerbesteuer mit 4,5 Millionen €. Der momentane Stand der Gewerbesteuerzahlungen im Jahr 2018 liegt bereits bei 5,88 Millionen €.

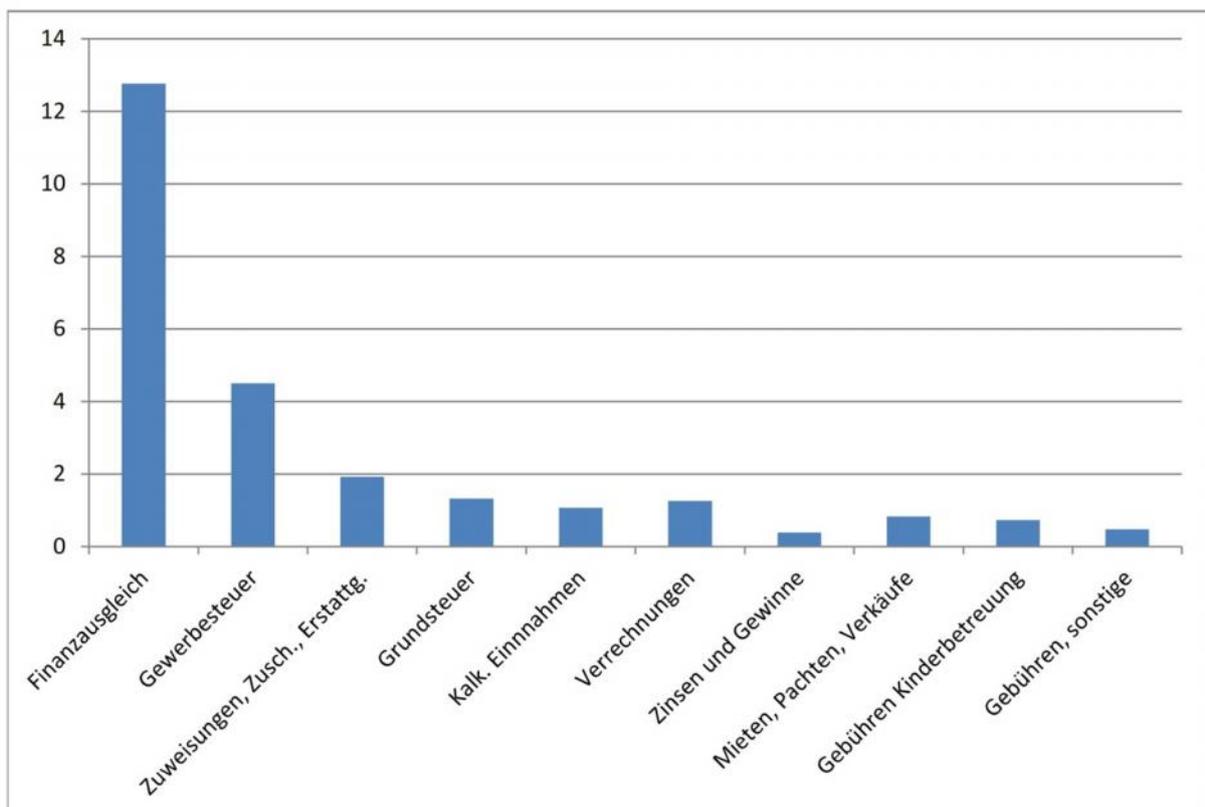
Der Hebesatz der Kreisumlage wird wahrscheinlich 32 % betragen und könnte nach Ansicht des Bürgermeisters noch wesentlich darunter liegen. Die Umlagen in den Finanzausgleich, die die Gemeinde zu tragen hat, steigen stark an aufgrund des höheren Steueraufkommens in der Gemeinde. Der Gemeindeanteil an der Einkommensteuer steigt ebenfalls, wobei die Kämmerei gegenüber der letzten Steuerschätzung des Landes zurückhaltendere Zahlen angesetzt hat.

Angesichts dieser positiven Ausblicke gab der Bürgermeister zu bedenken, dass die momentanen weltpolitischen Ereignisse wie der Konflikt zwischen Russland und der Ukraine, der Brexit oder die Strafzölle, die in den USA erhoben werden, sich nachteilig auf die gesamtwirtschaftliche Lage in Deutschland und in Baden-Württemberg auswirken können.

Im Anschluss griff der Bürgermeister in Kürze die großen Bauvorhaben und Investitionen auf, die in der Haushaltsplanung 2019 und in der mittelfristigen Investitionsplanung enthalten sind. Wie in der Vergangenheit auch hat die Gemeinde auf der Einnahmenseite noch nicht fest zugesagte Zuschüsse nicht eingeplant. Ebenso fehlen noch die Grundstückseinnahmen aus der Veräußerung der Gemeindegrundstücke am Turnerheim und in der Tübinger Straße, weil diese noch nicht innerhalb des Finanzplanungszeitraums zu erwarten sind.

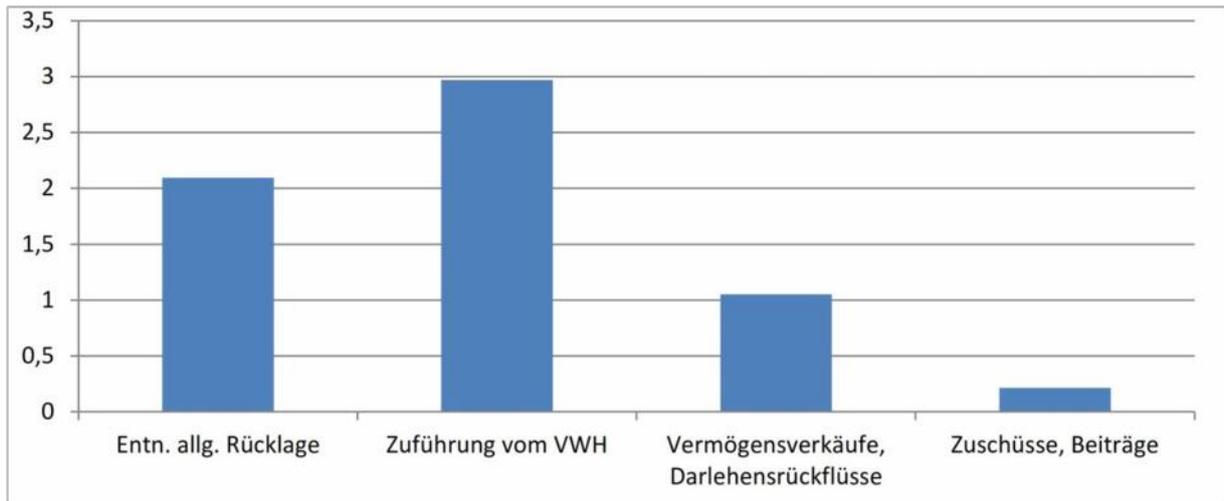
Anhand der Darstellung des Finanzausgleiches bis ins Jahr 2022 berichtete der Bürgermeister, dass für die nächsten Jahre Nettoergebnisse für die Gemeinde von ca. 5 Millionen eingeplant wurden.. Ein Ausreißer nach oben ist das Jahr 2020, in dem ein Nettoergebnis von 7,29 Millionen € erwartet wird.

Bei den Einnahmen im laufenden Betrieb betonte der Bürgermeister, dass keine Steuererhöhungen geplant sind. Die Auswirkungen und die Umsetzung der Grundsteuerreform sind momentan noch nicht abschätzbar. Auf der Ausgabenseite im laufenden Betrieb stehen die Personalkosten mit 7,12 Millionen weit vorne. Hier wirkt sich unter Anderem aus, dass die Gemeinde in den letzten Jahren massiv in die Kinderbetreuung investiert hat. Deutlich werde dies bei dem Gesamtüberblick über die notwendigen Zuschüsse in der Kinderbetreuung. Unter dem Strich sind für den Kinder- und Jugendbereich netto, also nach Abzug aller Landeszuschüsse und Eltern Beiträge, 3,2 Millionen € aufzubringen. Der Bürgermeister betonte, dass dies gut investierte Mittel sind.



Zusammensetzung der Einnahmen im Verwaltungshaushalt (laufender Betrieb)

Die Einnahmenseite des Vermögenshaushaltes, also des investiven Bereich des Kämmereihaushalts, ist von wenigen Positionen geprägt. An oberster Stelle steht mit beinahe 3 Millionen € die Zuführung vom Verwaltungshaushalt. Aus der allgemeinen Rücklage sollen 2,094 Millionen € entnommen werden. Ein vom Kämmereihaushalt an den Eigenbetrieb ausgegebenes Darlehen wird mit 582.000 € zurückgezahlt. Grundstückserlöse sind mit 470.000 € eingeplant und Beiträge sowie Investitionszuschüsse summieren sich auf 216.000 €. Unter dem Strich hat der Vermögenshaushalt ein Volumen von 6,33 Millionen €. Eine Darlehensaufnahme ist nicht vorgesehen.



Einnahmen des Vermögenshaushalts im Kämmereihaushalt

Die Ausgabenseite des Vermögenshaushalts setzt sich erwartungsgemäß hauptsächlich aus Baumaßnahmen mit 5,677 Millionen € zusammen. Durch die planmäßige Darlehenstilgung von 113.000 € entschuldet sich die Gemeinde weiterhin. Bis 2022 sind in der Finanzplanung keine Darlehensaufnahmen vorgesehen. Vielmehr wird erwartet, die allgemeine Rücklage wieder aufbauen und auf einen Stand von etwa 10 Millionen € bringen zu können. Als Konsequenz ist die Pro-Kopf-Verschuldung der Gemeinde im Kämmereihaushalt sehr niedrig, wobei die Betrachtung im Eigenbetrieb Gemeindewerke ein anderes Ergebnis aufzeigt.

Zwangsläufig ist der Eigenbetrieb mit den Wasserleitungen und der Kanalisation ebenfalls betroffen, wenn die Gemeinde große Straßenbauvorhaben angeht, die in den nächsten Jahren an mehreren Stellen vorgesehen sind. Außerdem steht hier die letzte Stufe der Kläranlagensanierung an.

Eine Änderung der Ausgaben- und Finanzierungssituation im Eigenbetrieb wäre nur möglich, wenn die Gemeinde ihre Investitionen zurückfährt. Die Folge wäre eine Verschlechterung des baulichen Zustands, die langfristig höhere Kosten verursachen würde.

Der Bürgermeister wies darauf hin, dass es dem Wesen eines Eigenbetriebs entspricht, sich zunächst aus Abschreibungen auf bauliche Anlagen zu finanzieren. Falls dies nicht ausreicht ist im nächsten Schritt eine Kreditaufnahme notwendig. In Jahren hoher Investitionen bedeutet es auch hohe Neuverschuldung des Eigenbetriebs. Dies werde aber dadurch relativiert, dass den aufgenommenen Krediten Sachwerte gegenüberstehen, die über Gebühren gegenfinanziert werden.

Der Bürgermeister berichtete, dass in mehreren Bereichen der Gemeindeverwaltung neue Gebührenkalkulationen notwendig sind, die teilweise durch externe Fachbüros übernommen werden sollen. Vorgesehen ist, im September 2019 mehrere Gebührenbereiche auf dem Prüfstand zu stellen und neue Gebührenkalkulationen vorzulegen.

Nach seinen Einführungen zum Haushaltsplan 2019 berichtete der Bürgermeister, dass von der UBW und der SPD mehrere Anträge zum Haushalt eingingen. Diese würden jeweils bei dem passenden Abschnitt des Haushaltsplanes behandelt.

Vor der Beratung der einzelnen Einnahme- und Ausgabepositionen berichtete Hauptamtsleiter Feitscher über die Ursachen des Anstiegs bei den Personalkosten. Hauptursache für den Anstieg um 325.000 € sind tarifvertragliche Steigerungen aus 2018 und 2019. Diese ergeben unter dem Strich ca. 280.000 €. Dazu kamen zwei Personalveränderungen in der eigentlichen Gemeindeverwaltung, die höhere Personalkosten verursachen. Der Kindergartenbereich hat mit 216.000 € den Hauptanteil bei den Personalkostensteigerungen im Haushalt 2019. Neben den tariflichen Steigerungen und einer Buchungskorrektur gibt es zwei weitere Ursachen: zum Einen hat der Gemeinderat beschlossen, in die Ausbildung von Fachkräften zu investieren und zusätzliche Stellen für Anerkennungspraktika, PIA-Ausbildungen und für ein weiteres freiwilliges soziales Jahr zu schaffen. Zum Anderen gibt es bei zwei Leitungsstellen mehrmonatige Doppelbesetzungen, um einen guten Übergang zu ermöglichen.

Abschließend wies er darauf hin, dass im Bereich der Kinderbetreuung ein weiterer deutlicher Anstieg bevorsteht. Durch den Neubau der Kita in der Rostocker Straße wird die Gemeinde netto drei zusätzliche Gruppen einrichten. Dafür werden mindestens 7-8 zusätzliche Fachkräfte und weitere Beschäftigte für den hauswirtschaftlichen Bereich benötigt. Dies wird erneut zu einem deutlichen prozentualen Anstieg der Personalkosten in der Kinderbetreuung führen.

Die Kämmerin, Kathrin Böhringer, ging anschließend im Detail auf die Einzelansätze des Verwaltungs- und Vermögenshaushalt ein. Insgesamt hat der Haushalt 2019 ein Volumen von einem 31,58 Millionen, was um etwa 15 % höher ist als der Haushalt 2018.

Zum Bereich Kinderbetreuung hatten die UBW und die SPD den Antrag gestellt, eine detaillierte Kostenaufstellung aller Ausgaben als Planungshilfe für die künftigen Haushalte zu erhalten. Dies sagte Bürgermeister Wolfgang Lahl zu und schlug vor, diese Daten im Rahmen der Bedarfsplanung für die Kinderbetreuung im Frühjahr 2019 darzustellen.

Im Bereich der Kinderbetreuung sprach die Kämmerin an, dass die Gebühreneinnahmen 2019 um etwa 80.000 € steigen werden. Ursache ist, dass inzwischen alle verfügbaren Plätze in den Einrichtungen der Gemeinde belegt sind.

Gemeinderätin Dr. Staber sprach die zurückgehenden Einnahmen für die Betreuung von Kindern aus anderen Gemeinden an. Dazu erläuterte die Kämmerin, dass die Gemeinde die verfügbaren Plätze vollständig für Kinder aus der Gemeinde benötigt und deswegen keine Kinder aus anderen Gemeinden mehr über einen längeren Zeitraum aufnehmen kann.

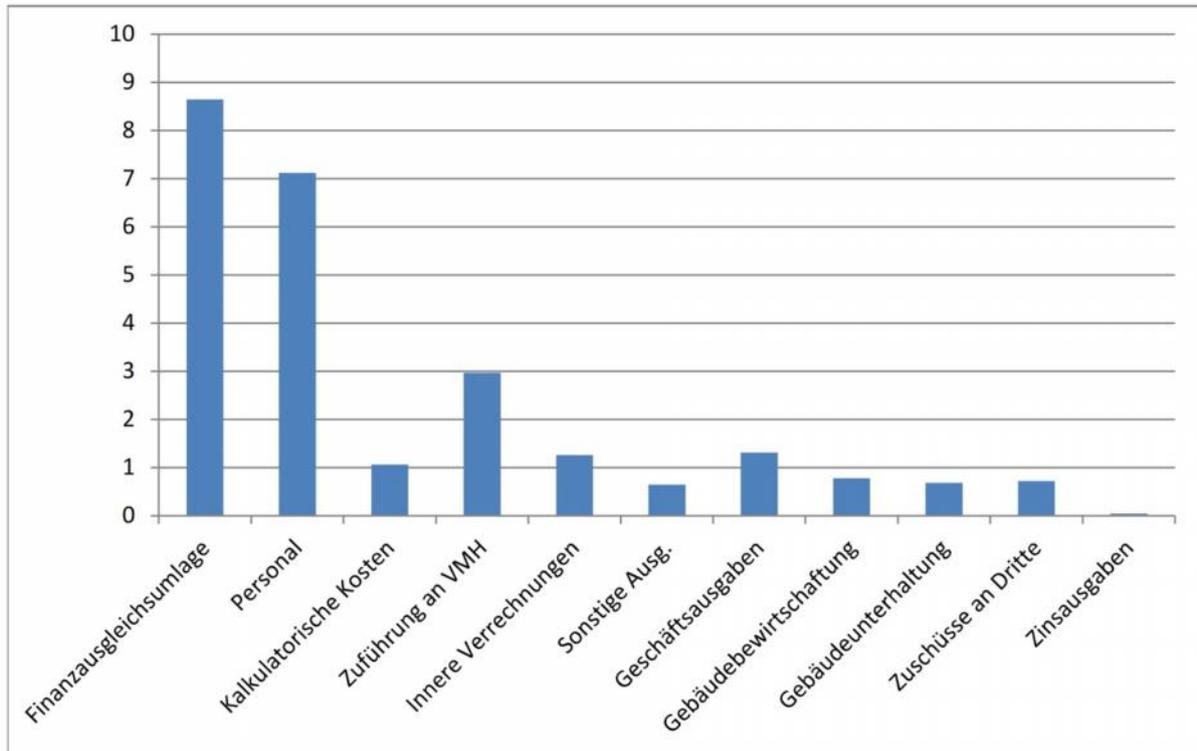
Beim Bestattungswesen kann die Verwaltung auf einen weiteren Antrag von UBW und SPD zu sprechen. Darin wurde angeregt, im Zusammenhang mit der Überprüfung und Neufassung der Friedhofsgebühren über eine Erweiterung der Bestattungsformen, zum Beispiel durch Rasengräber für Erdbestattungen oder ein Grabfeld für Muslime nachzudenken. Bürgermeister Lahl sprach an,, dass die Möglichkeit von Erdbestattungen in einem Rasengrabfeld bereits von der Verwaltung überprüft wird. Ursache sind mehrere Anfragen aus der Einwohnerschaft. Zusammen mit dem Friedhofsplaner, mit dem die Gemeinde schon mehrfach zusammengearbeitet hat, wird momentan ein Entwurf für den Friedhof Hägnach ausgearbeitet. Mit einem Grabfeld für Muslime hatte sich die Verwaltung bisher noch nicht befasst, da es dazu noch keine Nachfragen in der Friedhofsverwaltung gab. Der Bürgermeister kündigte an, die Überlegungen der Verwaltung zu einem Rasengrabfeld für Erdbestattungen und zu einem Grabfeld für Muslime in einer Beratungsunterlage zusammenzufassen und damit dann die Grundlage für eine Neukalkulation der Bestattungsgebühren zu schaffen.

Gemeinderat Thomas Müller sprach zum nächsten Abschnitt des Haushaltsplanes den miserablen Zustand des gemeindeeigenen Toilettenwagens an. Durch die Vereine werde verstärkt Kritik zum schlechten Zustand dieses Wagens geäußert. Deswegen sollte er entweder ersetzt werden oder es sollte ein Budget zur Unterstützung der Vereine beim Aufstellen mobiler Toilettenhäuschen eingerichtet werden.

Die Kämmerin wies darauf hin, dass im Haushaltsplan 2019 keine Mittel für eine Neubeschaffung eingeplant sind. Bürgermeister Wolfgang Lahl schlug vor, dieses Anliegen als Prüfauftrag mitzunehmen mit dem Ziel, eine Lösung zu finden, die auch für die Vereine zumutbar und akzeptabel ist. Gemeinderat Hiller war dabei wichtig, die Randbedingungen dieses Themas wie die notwendige Vorbereitung und spätere Reinigung eines Toilettenwagens zu bedenken und darzustellen.

Bei der Wirtschaftsförderung um Gewerbepark Sol sprach die Kämmerin an, dass aufgrund der erwarteten Gewerbesteuererinnahmen im Gewerbepark Sol wieder eine Ausgleichszahlung an die Stadt Holzgerlingen erwartet wird. Hintergrund ist, dass die Gewerbesteuererinnahmen im gesamten Gewerbegebiet hälftig an die beiden Verbandsgemeinden verteilt werden. Ebenso muss im kommenden Jahr wieder mit einer zu zahlenden Verbandsumlage an den Zweckverband Gewerbepark Sol gerechnet werden. Der Bürgermeister betonte, dass hier aber auch erhebliche Gewerbesteuererinnahmen dagegen stehen.

Zum Bereich der Steuern, Zuweisungen und Umlagen berichtete die Kämmerin, dass ein positives Gesamtergebnis von beinahe 10 Millionen € erwartet wird. Eine wichtige Rolle spielen dabei die um 1,2 Millionen höheren Schlüsselzuweisungen des Landes an die Gemeinde.



Ausgaben des Verwaltungshaushalts

Im Vermögenshaushalt hatte die Verwaltung als erste Maßnahme den Kauf eines weiteren Dienstfahrzeuges vorgeschlagen, welches gebraucht erworben und hauptsächlich vom Ordnungsamt genutzt werden soll. Zu diesem Ansatz hatten die UBW und die SPD vorgeschlagen, in Kooperation mit Energieunternehmen den Einsatz eines Elektrofahrzeuges zu prüfen oder eine Kilometergeldregelung für die Nutzung privater Fahrzeuge anzuwenden. Die Verwaltung sprach sich ausdrücklich gegen die Anwendung einer Kilometergeldregelung für die Nutzung von Privatfahrzeugen an, denn der Kilometergeldsatz von 0,35 € je Kilometer ist nachweislich nicht auskömmlich. Außerdem könne niemand dazu gezwungen werden, ein privates Fahrzeug für dienstliche Zwecke einzusetzen. Bei einem Elektrofahrzeug wäre ein Sharing-Modell grundsätzlich denkbar. Hier besteht aber das Problem, dass das Fahrzeug des Ordnungsamtes oft unangekündigt und nicht planbar benötigt wird. Ein weiteres Thema wäre der notwendige Anschluss zum Aufladen dieses Fahrzeugs. In der Diskussion über diesen Antrag kam im Gemeinderat zum Ausdruck, dass der Kauf eines günstigen gebrauchten Fahrzeugs wegen vermutlich höherer Folgekosten kritisch gesehen wird. Das Leasen eines neuen Fahrzeugs könnte für die Gemeindeverwaltung wirtschaftliche Vorteile bringen. Der Gemeinderat verständigte sich darauf, den Haushaltsansatz von 8.000 € für den Kauf eines Fahrzeuges grundsätzlich beizubehalten, aber zu überprüfen, ob Leasing nicht günstiger sind. In die Prüfung soll außerdem einbezogen werden, ob die Förderung der E-Mobilität in der Gemeinde nicht auch ein beachtenswerter Aspekt sein sollte.

Bei der Feuerwehr geht die Kämmerin darauf ein, dass für die Ersatzbeschaffung eines Fahrzeugs LF 20 eine Verpflichtungsermächtigung von 430.000 € notwendig ist. Hintergrund ist, dass dieses Fahrzeug bereits jetzt bestellt werden muss, wenn es

2020 zur Verfügung stehen soll. Da so gut wie jedes Fahrzeug im Ausstattungsbereich eine Individualanfertigung ist, wird hier eine entsprechend längere Zeit zur Herstellung benötigt.

Außerdem ist vorgesehen, für die Umstellung der Feuerwehr auf digitalen Funk 50.000 € einzuplanen. Die Beschaffung der digitalen Funkgeräte soll zentral über den Landkreis Böblingen erfolgen.

Bei der Gemeinschaftsschule sprach die Kämmerin an, dass trotz eingeplanter Mittel der Zeitpunkt für den Kauf neuer Schüler-PCs noch nicht feststeht. Hintergrund sind die angekündigten Fördermittel des Bundes, die sich die Gemeinde nicht entgehen lassen sollte.

In der Kinderbetreuung sind 2019 über 2 Millionen als erste Rate für den Neubau der Kindertagesstätte in der Rostocker Straße eingeplant. Insgesamt rechnet die Gemeindeverwaltung hier inklusive Grundstückskauf und der Schaffung zusätzlicher Parkplätze mit Kosten von über 5 Millionen €. Der zu erwartende Landeszuschuss von 622.000 € wurde noch nicht eingeplant, da der Zeitpunkt des Zuflusses noch nicht feststeht.

Im Bereich des Bau- und Wohnungswesens erläuterte die Kämmerin die finanziellen Planungen für die momentanen fünf anstehenden Baugebiete. Da es hier noch keine konkreten Planungen für die Erschließungsanlagen gibt sind die auf die Gemeinde zukommenden Ausgaben noch pauschal als Kosten des Erschließungsträgers eingeplant. Eine Aufteilung in Kämmereihaushalt und Eigenbetrieb und dort in die einzelnen Sparten kann erst erfolgen, wenn die eigentliche Erschließungsplanung vorliegt. Aufgrund der momentanen Situation des Kämmereihaushalts ist die Vorfinanzierung jedoch problemlos möglich. Der Bürgermeister ergänzte, dass er von einer schnellen Vermarktung der Baugrundstücke ausgeht, da nach wie vor eine sehr hohe Nachfrage besteht.

Zu den Planungsansätzen bei den Gemeindestraßen war ein weiterer Antrag von UBW und SPD eingegangen. Für die Sanierung des Marktplatzes und des Eingangsbereiches des Rathauses solle ein Ansatz bei den Unterhaltungsmaßnahmen eingefügt werden. Hintergrund sei nicht nur eine optische Beeinträchtigung sondern auch Sicherheitsrisiken.

Für den Bürgermeister war fraglich, ob eine reine Sanierung des Marktplatzes noch ausreichend ist. Welcher Betrag dafür einzusetzen ist sei zudem völlig offen. Er schlug vor, eine grobe Vorplanung aufzustellen, was machbar wäre und welche Kosten dafür zu erwarten sind. Dies sollte zu einem neuen Konzept für den Marktplatz führen, welches aber nicht sofort umsetzbar ist. In diesem Zusammenhang könnte auch die momentan unbefriedigende Parksituation vor dem Rathaus aufgegriffen werden, die mit einer bloßen Sanierung nicht lösbar ist. Der Bürgermeister gab zu bedenken, dass der Marktplatz nach einer 30-jährigen Nutzungsdauer noch nicht im kaufmännischen Sinne abgeschrieben ist und deswegen normalerweise auch nicht zur Sanierung heransteht. Er schlug vor, die gesamte Thematik aufzuarbeiten und dem Gemeinderat zur Entscheidung vorzulegen. Dann wären auch plausible Haushaltsansätze für die Folgejahre möglich. Diesem Vorschlag stimmten die UBW und der SPD zu, wobei es

Gemeinderätin Himmelein wichtig war, nicht nur in neue Werte zu investieren. Der Bestand müsse ebenfalls erhalten werden.

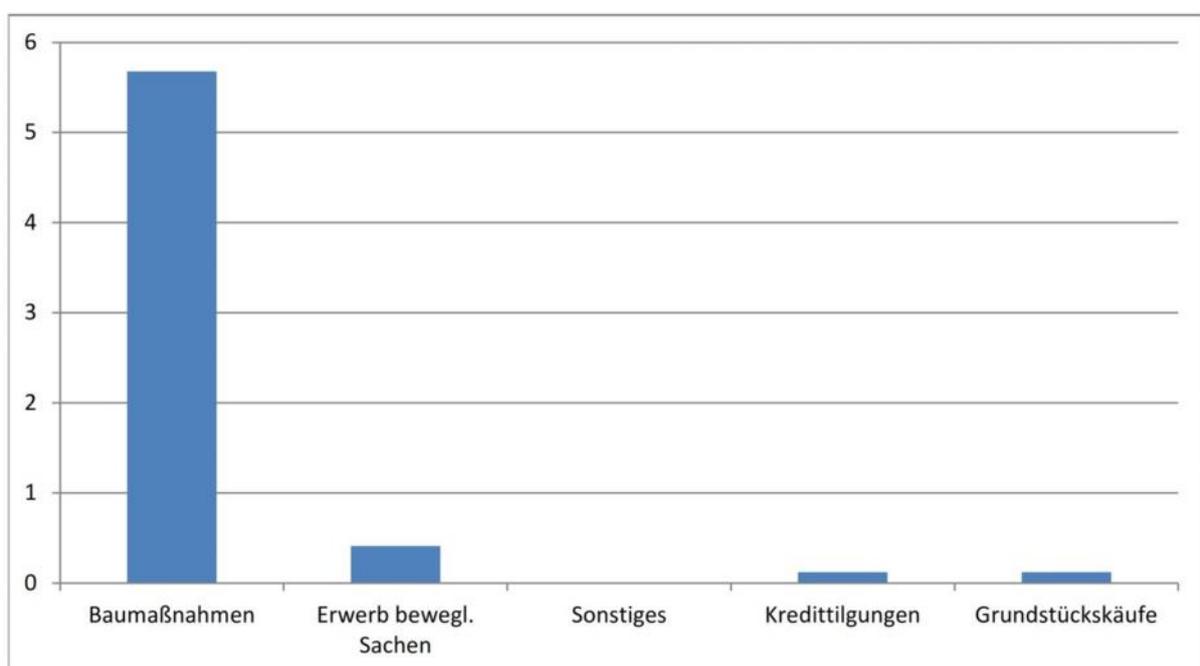
Deutlich höher als in den Vorjahren ist der Ausgabeansatz zu Unterhaltung der Straßenbeleuchtung. Ursache ist, dass ab dem kommenden Jahr eine obligatorische Mastenprüfung durchgeführt werden muss, die erfahrungsgemäß einen Investitionsbedarf nach sich zieht.

Ein ganz neuer Ansatz im Vermögenshaushalt sind Mittel von 20.000 € als jährlich wiederkehrende Position für Maßnahmen zur Hochwasserertüchtigung.

Bei den Friedhöfen sind im kommenden Jahr erhebliche Mittel für die Erneuerung der Lautsprecheranlagen und Orgel in der Auslegungshalle im Friedhof Hägnach vorgesehen. Die Umgestaltung des alten Friedhofs an der Bahnhofstraße wurde mit Mitteln von zusammen 250.000 € eingestellt.

Eine kurze Diskussion ergab sich zu dem Vorschlag, im Bauhof für 30.000 € neue Hochregale einzubauen. Das Ziel ist, durch die volle Ausnutzung der Gebäudehöhe bessere Lagerbedingungen für die Gerätschaften und Materialien im Bauhof zu schaffen. Gemeinderat Finger schlug in diesem Zusammenhang eine Ortsbesichtigung des Bauhofs und dessen Fahrzeugparks vor, die im Rahmen einer Sitzung des Bau-, Landwirtschafts- und Umweltausschusses stattfinden soll.

Abschließend beleuchtete die Kämmerin noch einmal die Gesamtfinanzierung des Vermögenshaushaltes mit den wesentlichen Positionen Zuführung von Verwaltungshaushalt mit beinahe 3 Millionen €, Entnahme aus der allgemeinen Rücklage mit etwas über 2 Millionen € und einer Tilgung vom Eigenbetrieb Abwasserbeseitigung mit knapp 600.000 €. Durch die Entnahme aus der allgemeinen Rücklage sinkt diese auf den gesetzlich vorgesehenen Mindestbestand. Auch in den Folgejahren ist nach momentaner Planung keine Kreditaufnahme im Kämmereihaushalt nötig. Die allgemeine Rücklage wird wieder erheblich ansteigen.



Ausgaben des Vermögenshaushalts

Nach einem Überblick über das mittelfristige Investitionsprogramm erläuterte die Kämmerin die Wirtschaftspläne für den Eigenbetrieb Gemeindewerke, in dem die Wasserversorgung, die Kanalisation und das Klärwerk abgebildet werden. Der hohe Investitionsbedarf kommt auch dadurch zustande, dass der Gemeinderat beschlossen hat, erhebliche jährliche Beträge in die systematische Instandhaltung des Wasserleitungsnetzes und der Kanalisation zu investieren. Bei der Kläranlage stehen für die letzten Maßnahmen der Kläranlagensanierung noch erhebliche Ausgaben an. Die letzten Maßnahmen der Kläranlagensanierung mussten ausgesetzt werden, bis über die Art und Weise der Klärschlammwässerung in der Kläranlage Totenbach entschieden werden konnte.

Unter dem Strich benötigt der Eigenbetrieb Gemeindewerke zur Finanzierung der geplanten Investitionen nach Abzug der Abschreibungen, Gewinne aus dem laufenden Betrieb und Beiträgen noch eine Kreditaufnahme von etwas über 2 Millionen €.

Gemeinderat Hiller sprach die frühere Beratung im Gemeinderat zur systematischen Unterhaltung der Wasserleitungen und Kanäle an. In der Darstellung der Finanzierungsmöglichkeiten wurde ab 2023 ein Rückgang der Verschuldung des Eigenbetriebs prognostiziert. Für ihn wäre es wichtig zu wissen, wie sich der Zeitpunkt des Rückgangs der Verschuldung durch die neuen geplanten Maßnahmen des Eigenbetriebs nach hinten verschiebt.

Der Bürgermeister führte dazu aus, dass eine zutreffende Antwort auf diese Frage nicht einfach zu erreichen ist. Hier spielt nicht nur eine Rolle, welche Maßnahmen umgesetzt werden. ebenso wichtig ist es, wann Investitionen kaufmännisch so aktiviert werden können, dass daraus Abschreibungen erwirtschaftet werden. Das Ziel muss für ihn sein, vor allem im Bereich der Kanäle dauerhaft eine gute Qualität zu erreichen. Die momentane Systematik der Finanzierung durch Abschreibungen und Kreditaufnahmen sei generationengerecht, da dadurch alle späteren Nutzer ebenfalls an den Herstellung- und Unterhaltungskosten beteiligt werden. Das Finanzierungssystem des Eigenbetriebs sei aus seiner Sicht durchaus ein Thema, dem sich der künftige neue Gemeinderat in einer Klausursitzung widmen könnte.

Für Gemeinderat Siegfried Müller war wichtig, dass sich die bisher prognostizierte Verschuldungssituation des Eigenbetriebs nicht verschlechtert. Andernfalls wäre es aus seiner Sicht eine Überlegung wert, sich mit einer Mitfinanzierung des Eigenbetriebs aus dem Kämmereihaushalt zu befassen.

Bürgermeister Wolfgang Lahl wies dazu darauf hin, dass die Höhe des Wasserpreises in der Gemeinde bei der Qualität des Lebensstandards nur eine untergeordnete Rolle spielt. Rechne man den Wasserzins auf den Literpreis für ein Grundlebensmittel in hervorragender Qualität herunter, ergäben sich nur Minimalbeträge.

Gemeinderätin Weiss erkundigte sich, ob die Quote des Wasserverlustes nach den Sanierungen der Wasserleitung in der Hauptstraße zurückgegangen ist. Dies bestätigte der Bürgermeister im Grundsatz, betonte aber gleichzeitig, dass es noch zu früh ist, hier verlässliche Aussagen zu machen.

Der Gemeinderat stimmte abschließend zu, mit diesem Entwurf des Haushaltsplanes 2019 in die abschließende Beratung am 18. Dezember 2018 zu gehen.

Bekanntgaben

Bürgermeister Wolfgang Lahl sprach den Zeitplan für die Ergebnisse des städtebaulichen Wettbewerbs zum Baugebiet Bäumlesweg (Weil-Mitte) an. Nach der Jurysitzung am Mittwoch, den 28.11.2018 wird der Gemeinderat am darauffolgenden Donnerstag nichtöffentlich über das Ergebnis des Wettbewerbers informiert. Am Freitag, Samstag und Sonntag besteht eine Möglichkeit für die Bevölkerung, in der Begegnungsstätte der Seniorenwohnanlage und im Turnerheim die Wettbewerbsbeiträge kennen zu lernen.

Zur am 11. Dezember geplanten Sitzung des Bau-Landwirtschaft und Umweltausschusses teilte der Bürgermeister mit, dass diese Sitzung entfällt. Sie wird der nächsten Sitzung des Gemeinderates am 18. Dezember vorangestellt.

Anfragen aus dem Gemeinderat

Gemeinderätin Himmelein sprach die durch einen defekten Hubwagen verursachten Beschädigungen der Bodenplatten im Eingangsbereich des Rathauses an. Der Bodenbelag im Aufzug des Rathauses sei ebenfalls erneuerungsbedürftig. Der Bürgermeister sagte zu, dieses Thema aufzugreifen. Eine Reparatur oder ein Austausch der Bodenplatten sei aber deswegen schwierig, weil diese anschließend einige Tage lang nicht begehbar sind.

Gemeinderat Ehrmann berichtete, dass der Aufzug im Rettungszentrum trotz eines „Defekt-Schilds“ benutzbar war. Beim Auftreten eines Defektes müsse der Aufzug außer Betrieb gesetzt werden. Außerdem vermisse er ein sichtbares Prüfsiegel. Die Verwaltung berichtete dazu, dass die regelmäßigen Aufzugsprüfungen durchgeführt werden. Zum Hinweisschild eines Defektes vermutete die Verwaltung, dass eine aussetzende Ausschaltung von Störungsmeldungen auf den 24 Stunden-Service des Aufzugs die Ursache war.

Eine nichtöffentliche Sitzung schloss sich an.